

Antrag

der Abgeordneten Günter Baumann, Hans-Dirk Bierling, Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Gottfried Haschke (Großhennersdorf), Georg Janovsky, Dr.-Ing. Rainer Jork, Ulrich Klinkert, Manfred Kolbe, Dr. Michael Luther, Christa Reichard (Dresden), Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Arnold Vaatz, Meinrad Belle, Dr. Joseph-Theodor Blank, Sylvia Bonitz, Wolfgang Bosbach, Hartmut Büttner (Schönebeck), Martin Hohmann, Hartmut Koschyk, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Beatrix Philipp, Hans-Peter Repnik, Dietmar Schlee, Thomas Strobl (Heilbronn), Dr. Hans-Peter Uhl, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Wolfgang Zeitmann und der Fraktion der CDU/CSU

Für mehr Sicherheit an der deutsch-tschechischen Grenze

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Um der Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen besser zu entsprechen und die Bestimmungen des Schengener Abkommens voll einzuhalten, müssen BGS und Zoll unmittelbar im Grenzbereich zu Tschechien bald personell verstärkt werden.

Für besondere Gefahrensituationen im Grenzbereich müssen Kräfte des BGS durch Umsetzung innerhalb des BGS zusätzlich verfügbar gemacht werden. Vom Bund muss dafür die finanzielle Absicherung gewährleistet werden.

2. Die Qualität der technischen Ausstattung bei BGS und Zoll muss dringend verbessert werden. Hierzu gehören unter anderem eine schnellere, schrittweise Erneuerung der Fahrzeuge, der verstärkte Einsatz von geländegängigen Fahrzeugen sowie eine zunehmende Verwendung von Zivilfahrzeugen. Durch eine dezentrale Beschaffung, speziell der Fahrzeuge, können örtliche Gegebenheiten sinnvoll berücksichtigt werden. Auch muss schnellstmöglich die Kommunikationstechnik, zum Beispiel die Bildübertragung zum BKA und zu Europol, ausgebaut werden. Eine Identifizierung von Straftätern dauert gegenwärtig zu lange.

In Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien muss der Grenzübergang Oberwiesenthal/Bozi Dar ausgebaut werden, um den Bestimmungen des Schengener Abkommens zu entsprechen und die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten zu verbessern.

3. Es muss eine Vereinfachung und Beschleunigung der bürokratischen Wege speziell beim BGS erfolgen und mehr selbstständiges Entscheiden vor Ort möglich sein. Es kann nicht angehen, dass nach einem größeren Aufgriff

faktisch keine Grenzsicherung mehr stattfindet, da alle BGS-Beschäftigten mit Verwaltungsaufgaben ausgelastet sind.

4. Ähnlich der Grenzsicherung zwischen Deutschland und Polen muss eine effektivere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien auf dem Gebiet der gemeinsamen Streifen von BGS und tschechischer Grenzpolizei angestrebt werden. Es werden dringend offizielle Informationen aus dem tschechischen Grenzbereich benötigt, um zum Beispiel auf größere Schleunungen vorbereitet zu sein.

Um den Einsatz von verdeckten Ermittlern durch Polizei und BGS und die grenzüberschreitende Verfolgung und Observation von Straftätern zu ermöglichen, muss zwischen Deutschland und Tschechien ein Vertrag geschlossen werden, der dies möglichst kurzfristig zulässt. Es muss unbedingt zu einer länderübergreifenden polizeilichen Zusammenarbeit kommen.

In den Beitrittsverhandlungen der EU mit Tschechien muss gefordert werden, dass Tschechien schnellstmöglich für die Einreise aus ost- und südosteuropäischen Ländern die Visapflicht einführt.

5. Wir sehen es als notwendig an, dass die Hilfen und Hinweise der Bevölkerung im Grenzbereich zur Aufklärung von Straftaten noch stärker als bisher in die Arbeit von BGS, Zoll und Polizei einbezogen werden.

Die Bürgerkontaktbeamten müssen noch mehr öffentlich auftreten. Prävention muss intensiver, zum Beispiel in Schulen, zu Einwohnerversammlungen in Grenzgemeinden usw. erfolgen. Nur durch eine gute und reibungslose Zusammenarbeit und gegenseitige Informationen entsteht eine Sicherheitspartnerschaft.

6. Von entscheidender Bedeutung wäre es, wenn aus der Grenzregion stammende BGS-Kräfte unmittelbar nach der Ausbildung in ihrer Heimat zum Einsatz kommen würden. Ihre Ortskenntnis und ihre größere Akzeptanz in der Bevölkerung wären hilfreich. Dies könnte aus unserer Sicht kurzfristig umgesetzt werden und würde keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Berlin, den 5. Juni 2000

Günter Baumann
Hans-Dirk Bierling
Klaus Brähmig
Wolfgang Dehnel
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Ulrich Klinkert
Manfred Kolbe
Dr. Michael Luther
Christa Reichard (Dresden)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Arnold Vaatz
Meinrad Belle
Dr. Joseph-Theodor Blank

Sylvia Bonitz
Wolfgang Bosbach
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Martin Hohmann
Hartmut Koschky
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Beatrix Philipp
Hans-Peter Repnik
Dietmar Schlee
Thomas Strobl (Heilbronn)
Dr. Hans-Peter Uhl
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Wolfgang Zeitmann
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Illegale Einreisen und Schleusungen von Ausländern haben an der Grenze zwischen Tschechien und der Bundesrepublik Deutschland, besonders zum Freistaat Sachsen, ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Im deutschen Grenzgebiet gibt es zunehmend Gefühle der Angst und der Unsicherheit bei der Bevölkerung, die unmittelbar im Zusammenhang mit illegalen Einreisen von Ausländern stehen. Die von Ausländern im Grenzgebiet begangenen Straftaten haben stark zugenommen. Die Antragsteller vertreten die Meinung, dass die Bundesregierung die Sicherheit im Grenzgebiet dringend erhöhen muss.

